der Juteweberstraße um 5 Meter verkürzt werden. Durch die Verschiebung der Baugrenzen soll nach der Begründung dem Eigentümer des Flurstücks 807 ermöglicht werden auf dem zum Burgsteinfurter Damm hin belegenen Teil des Flurstücks 807 eine neue Betriebshalle zu errichten.

Die Änderung des Bebauungsplans soll angeblich nicht nur auf Wunsch des Eigentümers des Flurstücks 807, sondern auch auf Wunsch einiger Anlieger erfolgen. Die Umnutzung der Flächen soll letztendlich den angrenzenden Gewerbebetrieben bei der Optimierung der Betriebsabläufe dienen. Die bisher „weit“ zurückliegenden Baugrenzen sollen möglichst nah an den Burgsteinfurter Damm geführt werden, um damit wertvolle Bauflächen zu mobilisieren.

2. Das Planungsermessen der Gemeinde im Sinne der der Planung eigenen autonomen Ziel- und Inhaltsfindung innerhalb der konkreten Bauleitung wird durch das Abwägungsgebot (§ 1 Abs. 6 BauGB) rechtlich gebunden. Ohne eine gerechte Abwägung ist eine den rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Planung nicht möglich. Sowohl der Vorgang des Abwägens als auch das Ergebnis der Abwägung muss dem Gebot der gerechten Abwägung entsprechen.

Nach dem vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwGE 34, Seite 301, 309) vorgegebenen Anforderungen an das Gebot der gerechten Abwägung ist das Abwägungsverbot verletzt,

- wenn eine sachgerechte Abwägung überhaupt nicht stattfindet;
- wenn in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss;
- wenn die Bedeutung der betroffenen privaten Belange verkannt wird oder
- wenn der Ausgleich zwischen den von der Planung berührten öffentlichen Belangen in einer Weise vorgenommen wird, der zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.

Die von der Stadt Rheine geplante Änderung des Bebauungsplans verstößt in eklatanter Weise gegen das Abwägungsgebot.

a) Zunächst ist klar zu stellen, entgegen den Ausführungen in der Begründung zur Änderung des Bebauungsplans kein einziger Anlieger eine Erweiterung der Baugrenzen wünscht. Die Erweiterung erfolgt ausschließlich auf Wunsch und im Interesse des Eigentümers des Flurstücks Nr. 807.

b) Die Stadt Rheine möchte sich ferner offenbar nicht an die vor über 10 Jahren gegenüber unserer Mandantschaft mündlich abgegebene Zusage, dass die Bebauungsgrenze unangetastet bleibt, erinnern. Diese Zusage findet sich in der Begründung nicht wieder.

c) Die Erweiterung der Baugrenzen im Planbereich widerspricht insbesondere diametral dem Planziel des § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB, wonach die Planung die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung zu berücksichtigen hat.

Durch die Änderung der Bebauungsgrenze soll dem Eigentümer des Flurstücks 807 ermöglicht werden, im vorderen, zum Burgsteinfurter Damm hin belegenen Teil des Grundstücks eine Betriebshalle zu realisieren. Nach Kenntnis unserer Mandantschaft soll es sich um eine Betriebshalle zur Metallverarbeitung mit einer Größe von 50 x 27,5 x 7,75 m handeln.